

Eine kühne Idee macht Furore

Anfang Juli forderte der dm-Drogeriemarktgründer Götz Werner in der Stuttgarter Zeitung die Einführung eines Grundeinkommens und löste damit große Reaktionen aus. Viele Leser schrieben ihre Meinung, zahlreiche Medien haben das Thema inzwischen aufgegriffen. Am Wochenende findet in Wien der erste deutschsprachige Kongress zum Thema Grundeinkommen statt. Die Stuttgarter Zeitung lässt Protagonisten zu Wort kommen.



Arbeitslosigkeit muss kein Stigma sein. Im Gegenteil. Die Befürworter des Grundeinkommens sehen gerade darin eine Chance, dass viele Menschen frei und unabhängig sind.

Foto Keystone

„Heute wird man als Unternehmer für jede Einstellung bestraft“

Warum die deutschen Politiker am Arbeitsmarkt vorbei agieren und weshalb ein Grundeinkommen eine große Chance für den Mittelstand wäre

Günter Sölken ist einer der Sprecher des deutschen Netzwerks Grundeinkommen und Organisator des Kongresses an diesem Wochenende in Wien. Sönke Iwersen fragte ihn nach den Fehlern der Arbeitsmarktpolitik und den Chancen der Arbeitslosen auf eine bessere Zukunft.

Herr Sölken, was genau ist ein Grundeinkommen?

Ein Grundeinkommen ist eine bedingungslose monatliche Leistung des Staates an jeden Bürger. Sie wird unabhängig davon gezahlt, ob der Betreffende einen Arbeitsplatz hat oder nicht.

Aber der Staat muss sparen. Wie begegnen Sie dem Vorwurf, der Kongress sei eine Versammlung von linken Träumern?

Sie würden sich wundern, wer alles zu den Befürwortern des Grundeinkommens zählt. Ich nenne da nur Milton Friedman, den amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger, den man nun wirklich nicht als Sozialisten einstufen kann. Aber auch so namhafte Unternehmer wie Götz Werner, der Gründer der Drogeriemarktkette DM, plädiert für seine Einführung. Oder etwa Thomas Straubhaar, der Direktor des Hamburger Welt-Wirtschaftsinstituts HWWI.

Wie erklären Sie sich das wachsende Interesse gerade heute?

Die Menschen spüren, dass wir mitten in einem gewaltigen Umbruch stecken. Wir kommen mit den alten Lösungsansätzen einfach nicht mehr weiter. Das Traurigste am deutschen Wahlkampf war doch, dass die

Politiker mit ihren Ideen so vollkommen an der Realität vorbeigesegelt sind.

Welche Ideen meinen Sie?

Fast alle großen Parteien haben sich den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf die Fahnen geschrieben. Die Wahlkampfplakate waren bei diesem Thema kaum voneinander zu unterscheiden. Dabei wissen die Bürger, dass Parteien keine Arbeitsplätze schaffen.

Aber sie schaffen Rahmenbedingungen für Unternehmen, sodass Arbeitsplätze entstehen können.

Der Sinn von Unternehmen ist nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern die Herstellung von Produkten oder das Anbieten von Dienstleistungen. In der Vergangenheit ging das Hand in Hand. Aber der technische Fortschritt erlaubt uns, mit immer weniger Menschen immer größere Leistungen zu bringen. Manche Experten sagen voraus, dass es am Ende des 21. Jahrhunderts nur noch für 20 Prozent der Bevölkerung einen Arbeitsplatz geben wird. Diese Entwicklung führt zu absurden Verrenkungen der Politik.

Zum Beispiel?

Das Unternehmen Müller Milch erhielt vom Freistaat Sachsen und der EU Subventionen in Höhe von 70 Millionen Euro für den Bau einer Milchverarbeitungsanlage und die Schaffung von 143 neuen Arbeitsplätzen in Sachsen. 70 Millionen, das sind fast 500 000 Euro staatliche Gelder für jede Stelle. Fast gleichzeitig hat Müller Milch angekündigt, anderswo zwei Werke stillzulegen – da gehen 165 Stellen verloren. Das zeigt doch, dass die Politik mit ihren Bemühungen um

Arbeitsplätze ins Leere läuft und vielfach sogar noch Schaden anrichtet.

Und ein Grundeinkommen würde helfen?

Ja. Die Einführung des Grundeinkommens wäre ja keine isolierte Maßnahme. Gleichzeitig würden die Lohnnebenkosten dramatisch gesenkt. Arbeit in Deutschland ist doch vor allem deshalb so teuer, weil immer weniger Arbeitsplätze ein immer größeres Heer von Arbeitslosen finanzieren müssen. Heute wird man als Unternehmer doch fast dafür bestraft, jemanden einzustellen.

Jetzt klingen Sie wie ein Neoliberaler.

Das zeigt nur, dass sich das Grundeinkommen als Idee eben nicht in eine bestimmte politische Ecke stellen lässt. Aus meinen Gesprächen weiß ich, dass gerade Mittelständler nach Alternativen suchen. Das bismarcksche Sozialversicherungssystem, das uns lange gut gedient hat, hat heute die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht.

Was schlagen Sie also vor?

Wir müssen die Finanzierung der Sozialversicherungen von den Jobs entkoppeln. Einerseits steigt die Zahl der Arbeitslosen, andererseits steigt die Zahl der Rentenbezieher. Wenn beides weiterhin über die Lohnnebenkosten finanziert wird, können sich die Unternehmen es bald gar nicht mehr leisten, überhaupt noch jemanden einzustellen. Deshalb muss die bisherige Finanzierungsmethode durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden. Vor allem in der Kombination hiermit wird ein Grundeinkommen für jeden Bürger eine enorme Entlastung für den Mittelstand bedeuten. Dadurch würden tragfähige

Existenzgründungen erleichtert und sowohl neue Arbeits- als auch Ausbildungsplätze entstehen.

Wie hoch soll dieses Grundeinkommen eigentlich sein?

Da gibt es verschiedene Vorschläge. Es wäre jedenfalls deutlich mehr als die Leistungen von Hartz IV. Die Vorstellungen schwanken je nach Modell zwischen 700 und 1200 Euro pro Person. Das Grundeinkommen würde aber nicht einfach auf alle bestehenden Leistungen draufgesetzt. Bafög, Sozialhilfe und Kindergeld würden entfallen. Die Renten-

und Arbeitslosenversicherungen würden massiv entlastet.

Trotzdem hieß Ihr Vorschlag, eine dreiköpfige Familie erhalte 3600 Euro netto im Monat. Woher soll das Geld kommen?

Ich erlebe oft, dass das Grundeinkommen mit dem Argument der Finanzierbarkeit abgetan wird. Aber unsere Gesellschaft kann heute mehr, schneller und besser produzieren als jemals zuvor. Trotzdem sagen uns die angeleglichen Experten, die Bürger müssten sich einschränken. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft über die mangelnde Binnennachfrage.

Sie meinen, das passt nicht zusammen.

Überhaupt nicht. Die Unternehmen brauchen Konsumenten. Zum Konsumieren braucht man Geld. Das Grundeinkommen ist ein Weg, die Früchte des technischen Fortschritts möglichst allen zugänglich zu machen. Ist diese Idee wirklich unrealistischer als die Forderung eines Fondsmanagers nach einer 20-prozentigen Rendite? 20 Prozent pro anno – das ist eine Verdoppelung des Kapitals in vier Jahren. Wer stellt die Frage, woher dieses Geld kommt?

Sie fordern also eine Umverteilung?

Die Umverteilung findet seit Jahren statt – nämlich von unten nach oben. Natürlich kann man sagen: so ist unser System eben und damit Schluss. Aber ist das wirklich der Wille dieser Gesellschaft? Was ich damit sagen will: Die Finanzierung eines Grundeinkommens für alle Bürger ist keine Rechenaufgabe. Sie ist eine politische Entscheidung.

www.grundeinkommen.de



Günter Sölken arbeitete lange Jahre für die FDP. Nun plädiert er für neue Ideen. Foto NG

Eigentlich ist Erwerbslosigkeit ein Erfolg – aber das will keiner hören

Je produktiver eine Wirtschaft ist, umso mehr Erwerbslose fördert sie zu Tage. Das ist aber gar nicht so schlimm, sagen die Mitglieder einer Frankfurter Initiative

Der Arbeitsplatzabbau in Deutschland scheint unaufhaltsam. Liegt in der Krise vielleicht auch eine Chance? Eine ungewöhnliche Initiative hat daran keinen Zweifel. Sie nennt sich Freiheit statt Vollbeschäftigung.

Von Sönke Iwersen

Im Elfenbeinturm war es gemütlicher, so viel ist sicher. Der Soziologe Sascha Liebermann und seine Mitstreiter hatten sich ja darauf eingestellt, dass ihre Plakataktion in der Frankfurter Innenstadt nicht nur Freunde finden würde. Aber innerhalb von 30 Minuten nacheinander als neoliberaler Ausbeuter und sozialistischer Spinner tituliert zu werden, dass hatte sich der junge Wissenschaftler nun doch nicht träumen lassen. „Die Leute haben teilweise extrem heftig reagiert“, sagt Liebermann. „Eine Frau hat mich erst beschimpft, ist dann im U-Bahn-Schacht verschwunden und nach ein paar Minuten wieder aufgetaucht, um weiterzudiskutieren. Unsere Thesen treffen einen Nerv.“

Nun ist Frankfurt nicht Wittenberg und Liebermann nicht Luther. Statt 95 Thesen begnügte sich die Initiative mit neun und hämmerte sie nicht an eine Schlosskirche, sondern ließ sie ganz ordentlich mit amtlicher Genehmigung auf Plakatwände kleben. In Sachen Provokation aber stehen die Thesen ihren Vorgängern von 1517 in nichts

nach. „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ prangt über der Bekanntmachung der Soziologen und Historiker – und allein diese Überschrift ist oft Grund genug für die Passanten, auch im größten Verkehrsstrubel ein paar Minuten zu verharren. „Wir haben die Leute beobachtet“, sagt Liebermann. „Erst schauen sie, als hätten sie etwas vollkommen Absurdes gesehen. Aber dann gehen sie einen Schritt näher, und manche lesen sich tatsächlich These für These durch.“

Der Reiz der Initiative ist, dass ihre Ideen keinem Lager zuzuordnen sind. Die Gedanken passen auf ein einziges DIN-A4-Blatt, sind jede für sich kaum zu bestreiten und führen doch zu einem Ergebnis, das die Arbeitsgesellschaft auf den Kopf stellt. Auszug aus These 1: Menschliche Arbeitskraft wird heute mehr und mehr durch Maschinen ersetzt. These 3: Arbeitslosigkeit ist kein Zeichen von Armut, sondern Ausdruck der Produktivität unseres Landes. These 6: Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Arbeitslose und Arbeitnehmer für die wirtschaftliche Produktivität Deutschlands bestraft werden. These 8: Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung bedeutet eine Verschwendung menschlicher Lebenszeit.

Meinhard Miegel, der Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, bescheinigte der deutschen Wirtschaft schon 1997 ein Rationalisierungspotenzial von 30 Prozent. Lothar Späth und der ehemalige Unternehmensberater Herbert Henzler be-

haupteten zuvor, allein in Westdeutschland seien neun Millionen Arbeitsplätze einzusparen, was zu einer Arbeitslosenquote von 38 Prozent führen würde. Vor diesem Szenario allerdings graut es auch der Wirtschaft. Liebermann befragte bei seiner Doktorarbeit Führungskräfte nach der Zukunft der Arbeit. „In den Interviews wird der Widerspruch ganz offen“, sagt der Soziologe. „Auf der einen Seite die zukünftige Automatisierung, also die Befreiung von Arbeit. Auf der anderen Seite wird die Arbeit als einzige Möglichkeit gesehen, in der Gesellschaft eine Identität zu finden. Dabei ist das eigentlich eine Position der Linken.“

Hartz IV zeigt die Hilflosigkeit, die in Deutschland herrscht

Nicht nur die Wirtschaft, auch die Politik ist verwirrt. Die Unfähigkeit, den Zusammenhang zwischen einer erfolgreichen, immer produktiveren Wirtschaft auf der einen und einer steigenden Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite zu sehen, führt zu seltsamen Vorschlägen, sagt Ute Fischer, eine Mitbegründerin der Initiative. Allein die Diskussion um Hartz IV zeige die Hilflosigkeit in Deutschland. Da werde krampfhaft nach irgendwelchen niederen Tätigkeiten gesucht, nur damit die Arbeitslosen das Gefühl haben, zur Gesellschaft zu gehören. „Dabei ist Arbeitslosigkeit eigentlich ein Erfolg“, sagt Fischer. „Aber die Politik fördert lieber Arbeit als Leistung.“

Gerade das Versagen der Politik war es, das Liebermann und seine Mitstreiter bewog, ihre Schreibtische zu verlassen und ihre Thesen unters Volk zu bringen – erst in Frankfurt, dann auch in Berlin und Dortmund. „Wir haben uns gesagt, nun haben wir so weit reichende Ergebnisse aus den Analysen gewonnen, da sind wir als Bürger aufgerufen, uns einzumischen, die Argumente in die öffentliche Diskussion zu werfen“, sagt Thomas Loer, der ebenfalls von Anfang an dabei ist. Die Forderung der Initiative nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürger stößt auf viel Zustimmung. „Wir haben E-Mails von Sozialhilfeempfängern erhalten, die schreiben: Ich fühle mich seit Jahren als Bittsteller, wenn ich zum Sozialamt gehe, das ist erniedrigend. Dass ich als Bürger auch Anspruch auf Schutz habe und die Sozialhilfe mich doch schützen soll, ist mir erst klargeworden, als ich die Idee des Grundeinkommens kennen gelernt habe.“

Wenn das Grundeinkommen für alle, und nicht nur für die Arbeitslosen gelte, wenn es bedingungslos wäre und zu jeder Zeit gewährt würde, argumentiert die Initiative, würde es den Geruch des Almosens verlieren, den Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe heute haben. Und nicht nur die Menschen, auch die Unternehmen würden von einem Grundeinkommen profitieren. Wenn die Unternehmen ohne schlechtes Gewissen rationalisieren könnten, gäbe es weitere Produktivitätsschübe, also noch mehr und noch bessere

Leistungen für die Gesellschaft. Umgekehrt wären die Arbeiter, die gebraucht werden, in einer viel freieren Position, weil niemand sie mehr mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage bedrohen könne. Das wiederum führe zu einem besseren Arbeitsklima, und damit zu noch mehr Produktivität.

Viele wären frei, das zu tun, was ihnen gefällt.

Wer keinen Platz in der Wirtschaft will, wäre frei, das zu tun, was ihm gefällt. Vielleicht werde es auch Menschen geben, die sich selbst unter solchen Bedingungen einfach vor den Fernseher legten, sagt Liebermann. „Aber was soll in unserer Gesellschaft gelten: Bevormundung oder Freiheit?“ Viele gute Ideen, viele Talente würden heute versiegen, weil ihren Trägern die Zeit fehlt, sie umzusetzen. Mit dem Grundeinkommen hätte auch die jährlich wiederkehrende Diskussion um die fehlenden Ausbildungsplätze ein Ende. „Stellen Sie sich vor, die jungen Menschen könnten mit ihrer Energie und ihrer Begeisterung losziehen, um ihre Ideen umzusetzen – sei es in der Kunst, der Medizin, in der Computertechnik oder einfach durch Bürgerengagement“, sagt Liebermann. „Wäre das nicht besser, als ihnen zu sagen: Du bist nur etwas wert, wenn du einen Arbeitsplatz bekommst? Egal welchen?“

www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de